

Ewald Walterskirchen

## Konjunkturerholung verlangsamt

**Seit einigen Monaten deuten die Unternehmensumfragen im Euro-Raum und in Österreich auf eine Verlangsamung der Konjunkturerholung in der Sachgüterproduktion hin. Die Belegung der Exporte übertrug sich nicht oder nur sehr zögernd auf die Inlandsnachfrage. In Österreich entwickelten sich Exporte und Sachgütererzeugung zu Jahresbeginn noch recht günstig, die Einzelhandelsumsätze waren jedoch in den ersten zwei Monaten 2005 angesichts der positiven Einkommenseffekte der Steuerreform enttäuschend. Der starke Preisauftrieb drückte die Kaufkraft.**

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 10. Mai 2005 • E-Mail-Adresse: [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Die Konjunkturverflachung, die sich bereits im IV. Quartal abgezeichnet hatte, setzte sich zu Jahresbeginn fort. Seit einigen Monaten schätzen die Sachgütererzeuger Auslandsaufträge und Geschäftserwartungen tendenziell etwas weniger günstig ein als im jeweiligen Vormonat. Trotz steigender Gewinne – die sich in hohen Körperschaftsteuereinnahmen niederschlagen – investieren die Unternehmen relativ wenig. Die privaten Haushalte bleiben trotz der Steuerreform in ihren Kaufentscheidungen vorsichtig. Die starke Energieverteuerung, der hohe Euro-Kurs und in den letzten Wochen auch der Rückgang der Aktienkurse tragen zur Verunsicherung der Unternehmen und Konsumenten bei.

Der Wirtschaftspolitik gelingt es im Euro-Raum und in Japan – im Gegensatz zu den USA, Großbritannien und vielen asiatischen Ländern – nicht, einen Konjunkturaufschwung herbeizuführen. Im Jahr 2005 befindet sich die Wirtschaft des Euro-Raums bereits das fünfte Jahr in einer ausgeprägten Schwächephase. Nichts deutet derzeit darauf hin, dass diese heuer überwunden werden könnte. Das Aufflackern der Konjunktur im Euro-Raum (und in Japan) im Jahr 2004 war ausschließlich exportgetrieben, die Belegung der Ausfuhr übertrug sich nicht auf die Inlandsnachfrage.

In Österreich entwickelt sich die Wirtschaft etwa im Einklang mit jener des Euro-Raums und damit günstiger als bei den wichtigsten Handelspartnern Deutschland und Italien. Die heimischen Exporte lagen in den ersten zwei Monaten des Jahres 2005 nominell zwar noch um 11½% über dem Vorjahresniveau (Februar +8%), die Zuwachsraten wurden jedoch tendenziell geringer. Hier schlagen sich die Abschwächung des Welthandelswachstums und die Auswirkungen des hohen Euro-Kurses nieder.

Die Industrieentwicklung spiegelt die Schwankungen der Exportdynamik wider: Der reale Produktionsindex der Sachgütererzeugung lag im Februar um rund 4% über dem Vorjahresniveau; auch hier ließ die Dynamik nach. Für die kommenden Monate ist mit einer Verringerung der Vorjahresabstände zu rechnen. Im WIFO-Konjunkturtest vom März und April beurteilten die Sachgüterproduzenten ihre Auftrags- und Geschäftslage wieder etwas ungünstiger als in den Vormonaten.

In der Bauwirtschaft besserte sich die Auftragslage weiter, hier ist mit Produktionszuwächsen zu rechnen. Im Handel verlief die Umsatzentwicklung in den ersten zwei Monaten des Jahres 2005 dagegen enttäuschend. Trotz der Nettoeinkommenszuwächse durch die Steuerreform stagnierten die realen Einzelhandelsumsätze auf dem Vorjahresniveau. Der starke Preisauftrieb schmälerte die Kaufkraft, und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt drückte die Kaufkraft. Das kräftige Umsatzplus im März ist wegen der Osterfeiertage im März wenig aussagekräftig, es dürfte eine

schwache Entwicklung im April nach sich gezogen haben. Im 2. Halbjahr sind deutlichere Handelszuwächse zu erwarten, da Steuerreformen gewöhnlich erst mit einer Verzögerung ihre volle Wirkung auf die Konsumausgaben entfalten.

Die Investitionstätigkeit blieb nach dem Auslaufen der Investitionszuwachsprämie erwartungsgemäß schwach. Sie kann derzeit nur anhand der Importe von Maschinen und Fahrzeugen beurteilt werden. Diese stagnierten in den ersten zwei Monaten annähernd auf dem Vorjahresniveau.

Die Zunahme der Energie- und Wohnungskosten beschleunigt den Preisauftrieb, im März lag die Inflationsrate bei 2,9%. Die Energiepreise stiegen um 9%, sie trugen ½ Prozentpunkt zur Teuerung bei. Die Steigerung des Wohnungsaufwands (+7%) drückte die Inflationsrate um 1 Prozentpunkt nach oben. Kräftig angehoben wurden auch die Preise von Tabakwaren (Anhebung der Tabaksteuer), Gesundheitsleistungen und Versicherungen. Die Teuerung fiel dadurch höher aus als im Durchschnitt des Euro-Raums. Der deutliche Preisauftrieb schlug sich in einem Rückgang der Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer nieder, die Nettoeinkommen stiegen jedoch infolge der Steuerreform.

Die Arbeitslosigkeit liegt wegen der mäßigen Konjunktur und des Anstiegs des Arbeitskräfteangebotes weiterhin etwas über dem Vorjahresniveau. Weil die Zahl der Schulungsteilnehmer, Pensionsbewerber und Übergangsgeldbezieher gestiegen ist, erhöht sich die erfasste Arbeitslosigkeit nur mäßig. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm im April mit +30.000 gegenüber dem Vorjahr deutlich zu; überwiegend waren dies Stellen für Frauen im Dienstleistungssektor. In der Sachgüterproduktion hat sich die Beschäftigungssituation in den letzten Monaten verschlechtert. Dies bestätigt – neben den Umfrageergebnissen für den Euro-Raum und Österreich – die Verlangsamung der Konjunkturerholung.

## Hohes Wirtschaftswachstum in den USA

Die Expansion der Weltwirtschaft schwächte sich im Laufe der letzten Quartale nur wenig ab. Trotz der Rohölverteuerung, die eine Folge der weltweit hohen Nachfrage ist, blieb das Wachstum in Amerika und Asien robust.

In den USA ist die Wirtschaftsdynamik, getragen von Konsum- und Investitionsausgaben, nach wie vor hoch. Nachdem eine sehr expansive Fiskal- und Geldpolitik die Konjunktur in Schwung gebracht hatte, hat ein selbsttragender Aufschwung eingesetzt, der gegenüber den hohen Rohölpreisen und der adäquaten vorsichtigen Straffung der Geldpolitik unempfindlich ist. Die Federal Funds Rate wurde neuerlich um 25 Basispunkte auf 3% erhöht. Das Wirtschaftswachstum betrug im IV. Quartal +0,9% gegenüber dem Vorquartal und schwächte sich nach einer ersten Schätzung im I. Quartal 2005 nur wenig ab (+0,8%). Wohnbau und Konsum wurden durch den Anstieg der Immobilienpreise beflügelt.

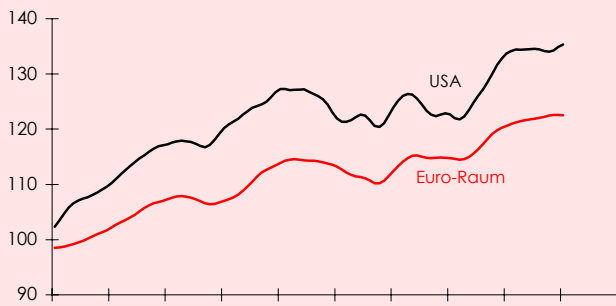
Trotz Dollarabwertung verschlechterte sich die Leistungsbilanz der USA weiter. Der Hauptgrund dafür liegt – neben der Unterbewertung der chinesischen Währung – im hohen Wachstumsvorsprung der Inlandsnachfrage gegenüber Europa und Japan. Die hohen Importe der USA geben der internationalen Konjunktur Auftrieb.

Die Wirtschaftslage in Japan ähnelt jener im Euro-Raum. Beide Wirtschaftsräume sind in hohem Maße auf den Export ausgerichtet und damit gegenüber Schwankungen auf den Devisenmärkten sehr empfindlich. Die Inlandsnachfrage entfaltet wenig eigene Kraft, sie reagiert weniger als im angelsächsischen Raum auf ein niedriges Zinsniveau. Überdies wird die Inlandsnachfrage rasch in Mitleidenschaft gezogen, wenn sich die Ausfuhrdynamik abschwächt. Im Zuge der Abwertung des Dollars gegenüber dem Yen wuchs die japanische Wirtschaft im IV. Quartal um nur 0,1%. Im Jahresdurchschnitt 2004 erreichte die BIP-Steigerung 2,7%. In China, Indien und Lateinamerika expandierte die Wirtschaft weiterhin rasch und hielt die Nachfrage nach Rohöl und Industrierohstoffen hoch.

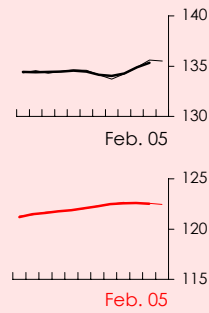
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1995 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

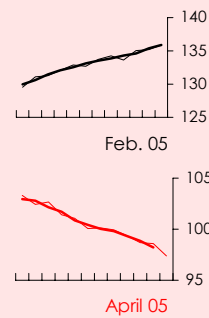
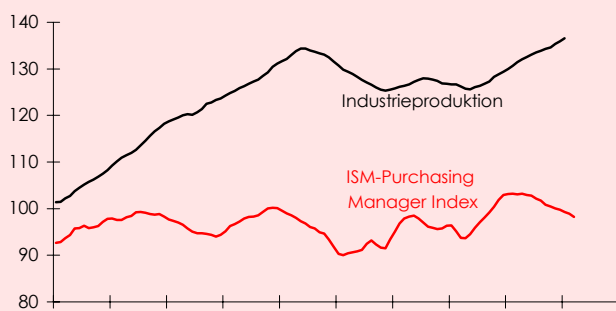
Leading indicators



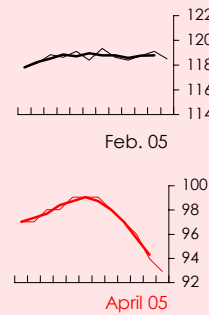
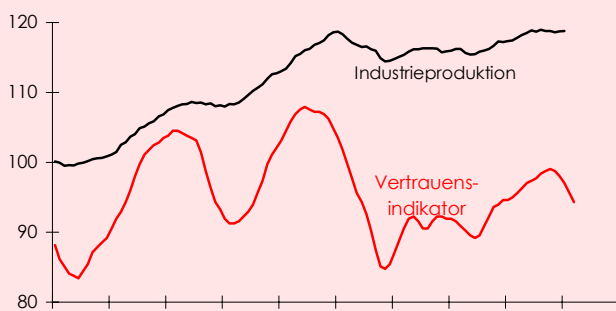
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



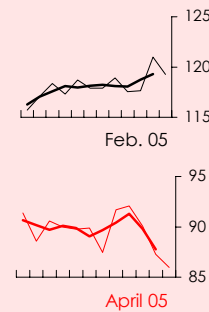
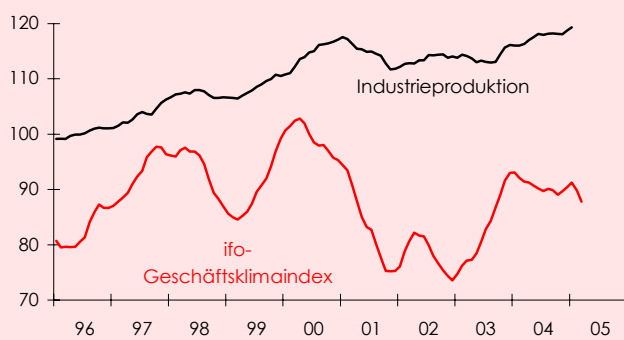
USA



Euro-Raum



Deutschland



## Konjunkturschwäche hält im Euro-Raum an

*Die Schwächephase der Wirtschaft im Euro-Raum hält nun schon das fünfte Jahr an. Nach einem Aufflackern der Exporte setzte in den letzten Monaten eine Konjunkturpause ein. Die Arbeitslosigkeit hat neuerlich steigende Tendenz. Nach den internationalen Prognosen (OECD, IMF, Europäische Kommission) verschiebt sich das Einsetzen eines selbsttragenden Konjunkturaufschwungs neuerlich ins nächste Jahr.*

Die Konjunktur hat sich im Euro-Raum seit dem Sommer 2004 eingetrübt. Im IV. Quartal wuchs das reale BIP gegenüber dem Vorquartal um nur 0,2%, für das I. Quartal 2005 erwartet die Europäische Kommission einen etwas stärkeren Anstieg. Die Industrieproduktion, die zwischen Mitte 2003 und 2004 steigende Tendenz hatte, stagniert seither, im Februar sank sie gegenüber dem Vormonat um ½%. Diese Entwicklung geht mit einer Abschwächung der Exportdynamik einher.

Die Erwartung, dass die Exportkonjunktur wie in der Vergangenheit mit Verzögerung auf die Inlandsnachfrage übergreifen würde, hat sich bisher nicht bestätigt. Die Inlandsnachfrage wird aufgrund der dämpfenden Effekte des Rohölpreisanstiegs und der ungünstigen Arbeitsmarktlage kaum ausgeweitet. Die Unternehmen investieren trotz niedriger Zinssätze und stark steigender Gewinne nicht wesentlich mehr, weil sie die künftigen Absatzchancen offenbar gering einschätzen. Die Verlagerung von Unternehmensstandorten ins Ausland ist nicht der entscheidende Grund für die Investitionsschwäche in Europa, weil der Zufluss an Direktinvestitionen aus dem Ausland annähernd dem Abfluss an das Ausland entspricht.

Die privaten Konsumausgaben stiegen im IV. Quartal mit +0,6% gegenüber dem Vorquartal relativ deutlich, allerdings nach einer Stagnation im III. Quartal (+0,1%). Für das I. Quartal 2005 ist infolge des Anstiegs der Energiepreise eine neuerliche Verflachung zu erwarten. Der hohe Euro-Kurs schmälert auch die Exportchancen des Euro-Raums.

Der Wirtschaftspolitik ist es in der EU in den letzten Jahren nicht gelungen, einen Konjunkturaufschwung in Gang zu setzen. In der Umsetzung der Wirtschaftspolitik der EU wird dem Problem, einen selbsttragenden Aufschwung zu starten, kaum Bedeutung beigemessen. Die Vernachlässigung des Konjunkturphänomens im wirtschaftspolitischen Denken trägt zur hartnäckigen Flaute im Euro-Raum bei.

Die erneute Konjunkturdämpfung ließ die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum wieder steigen – trotz Lohnzurückhaltung und Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erhöhte sich im März von 8,8% auf 8,9%. Im Zuge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Ausweitung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung) steigt zugleich die Beschäftigungsquote.

Das Anziehen der Rohölnotierungen hatte einen Auftrieb der Verbraucherpreise zur Folge. Im April erreichte die Inflationsrate im Euro-Raum nach ersten Schätzungen 2,1%. Die Europäische Zentralbank ließ die Zinssätze wie erwartet auch anlässlich ihrer jüngsten Sitzung unverändert.

## Erholung in Deutschland zum Stillstand gekommen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2005 in einer ausgeprägten Schwächephase, die Konjunkturerholung ist zum Stillstand gekommen. Im IV. Quartal ging das reale BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,1% zurück; die negative Entwicklung wird allerdings durch die arbeitstägige Bereinigung überzeichnet. Für das I. Quartal ist eine Verbesserung zu erwarten, die eher als statistische Korrektur zu betrachten ist.

Selbst der massive Nachfrageimpuls aus dem Ausland löste keinen nachhaltigen Aufschwung aus. Die Exportdynamik ließ mit der Verlangsamung der Expansion des Welthandels nach, ohne sich auf die Inlandsnachfrage zu übertragen. Ein wichtiger Grund für deren verhaltene Entwicklung ist die Krise der Bauwirtschaft: Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern liefern die (stagnierenden) Immobilienpreise keinen positiven Anreiz für Konsum und Wohnbau. Zugleich trifft der Rückgang der öffentlichen Investitionen die Bauwirtschaft.

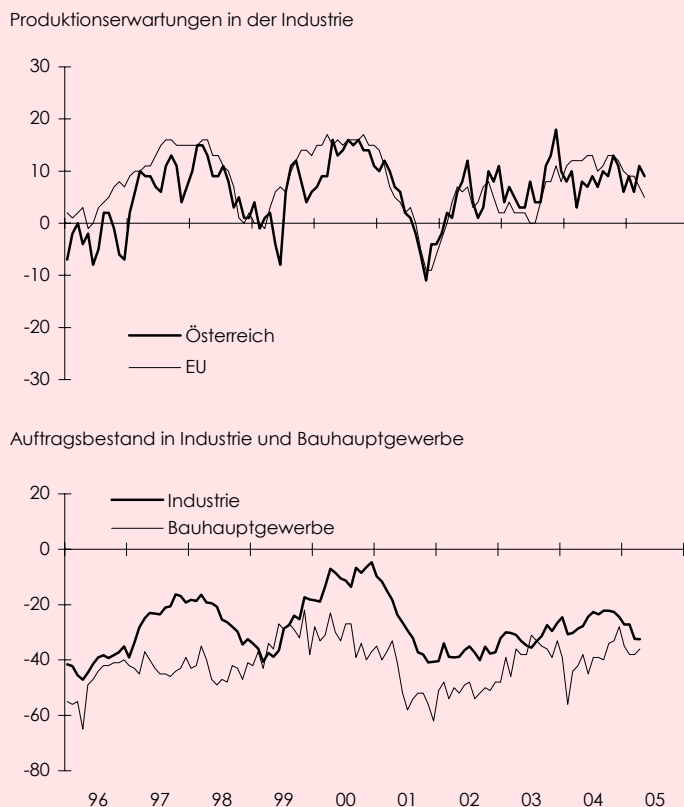
Die jüngsten Unternehmensumfragen deuten darauf hin, dass die Konjunktur noch nicht wieder Tritt gefasst hat. Die leichte, aber kontinuierliche Abwärtstendenz der Geschäftserwartungen setzte sich fort. Weiter geschürt wurde der Pessimismus durch den kräftigen Auftrieb der Rohölpreise und den anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg zuletzt aus statistischen Gründen: Seit Jänner 2005 werden auch die arbeitsfähigen Sozialhilfebezieher als arbeitslos erfasst. Dies macht die dramatische Arbeitsmarktlage in Deutschland noch deutlicher.

In der heimischen Sachgütererzeugung hat sich die Stimmung im WIFO-Konjunkturtest vom April weiter leicht eingetrübt. Die Beurteilung der Auslandsaufträge verschlechterte sich etwas, jene der gesamten Auftragsbestände blieb auf dem unterdurchschnittlichen Niveau des Vormonats. Viele Unternehmen meldeten neuerlich, die Produktion in den letzten drei Monaten eingeschränkt zu haben. Im I. Quartal des Jahres 2005 ging deshalb die Kapazitätsauslastung zurück. Die Erwartungen für die kommenden Monate sind widersprüchlich: Die Produktionserwartungen fallen eher positiv aus, die Unternehmen rechnen jedoch mit einer Verschlechterung der Geschäftslage und der Verkaufspreise.

## Erwartungen der heimischen Unternehmen gedrückt

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



In der Quartalsumfrage des WIFO, die auf einem größeren Sample beruht, zeigt sich im II. Quartal eine deutlich ungünstigere Einschätzung der eigenen Geschäftslage, der Exportaufträge und der Verkaufspreise als im I. Quartal. Die Produktionserwartungen der Sachgüterhersteller sind dagegen auch in dieser Erhebung relativ günstig.

In der Bauwirtschaft verbesserte sich die Einschätzung der Auftragslage in den jüngsten Erhebungen weiter. Auch die aktuelle und künftige Geschäftslage wird günstig beurteilt. Die Nachfrage nach Dienstleistungen entwickelte sich in den letzten Monaten weniger dynamisch, der Anteil jener Unternehmen, die eine schlechte Auftragslage verzeichnen, ist gestiegen. Die Erwartungen für die kommenden Monate haben sich jedoch verbessert.

Die Verbraucher beurteilten ihre finanzielle Lage zuletzt deutlich günstiger als in den Vormonaten. Dies dürfte ein Effekt der Steuerreform sein. Gleichzeitig gehen die Konsumenten für die kommenden Monate von einem starken Preisanstieg und hoher Arbeitslosigkeit aus. Sie wollen deshalb auch in den nächsten Monaten relativ wenig größere Anschaffungen tätigen.

Die Produktionsdaten für die Sachgütererzeugung reichen derzeit nur bis Februar 2005. Zuletzt betrug der Anstieg des Produktionsindex (ohne Energie) 4,3% gegen-

über dem Vorjahr (nach +6,0% im Jänner). Wenn sich die Vorleistungen so wie derzeit rasch verteuern, überzeichnet der Produktionsindex, der eine konstante Vorleistungsquote unterstellt, das (für die BIP-Entwicklung relevante) Wachstum der Wertschöpfung.

## Dynamik der Exporte lässt zu Jahresbeginn nur wenig nach

*Die heimischen Unternehmen nutzen ihre Exportchancen in den USA, Asien und Osteuropa. In den letzten Monaten schätzten sie ihre Auslandsaufträge jedoch weniger günstig ein.*

Die österreichische Wirtschaft nutzte 2004 vor allem die gute Konjunkturlage außerhalb der EU zu einer kräftigen Ausweitung der Ausfuhr. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2005 stiegen die nominellen Exporte mit +11½% gegenüber dem Vorjahr weiter sehr kräftig. Der Außenhandel mit den neuen EU-Ländern expandierte um mehr als die Hälfte, jener mit der EU 15 stagnierte nahezu; das dürfte auf statistische Änderungen zurückgehen.

Der Wert der Exporte in Nicht-EU-Länder überstieg das Vorjahresniveau in den ersten zwei Monaten 2005 um knapp 7%. Vor allem die Ausfuhr in die GUS und in OPEC-Staaten sowie nach Südosteuropa florierte. Die weniger günstige Einschätzung der Auslandsaufträge durch die Unternehmen lässt darauf schließen, dass sich der Vorjahresabstand der Exporte im weiteren Jahresverlauf verringert.

Mit +9½% wurden die Warenimporte in den ersten zwei Monaten 2005 deutlich schwächer ausgeweitet als die Ausfuhr. Ein zunehmender Teil der Importe – insbesondere von Intermediärgütern – dient als Input für Exporte. Nach dem Auslaufen der Investitionszuschüsse stagnierte die Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen (nominell +1½%). Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen für 2005 einen leichten Rückgang der Anschaffungen in der Sachgütererzeugung erwarten – eine Reaktion auf die hohen steuerlich stimulierten Investitionen der letzten Jahre.

## Wintertourismus zufriedenstellend

Der Wintertourismus entwickelte sich vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche in Deutschland und den Niederlanden zufriedenstellend. Für den Durchschnitt der Wintersaison 2004/05 wird eine Umsatzsteigerung von etwa 3% bis 4% erwartet. Angesichts des Rekordniveaus in der Wintersaison 2003/04 (9,39 Mrd. €, +5,7%) ist im Vorjahresvergleich auch ein mäßiger Zuwachs als Erfolg zu werten. Dies gilt umso mehr, als zusätzlich die Nachfrage aus Deutschland durch die schlechte Wirtschaftslage gedämpft wurde. Die Zahl der Nächtigungen dürfte in der abgelaufenen Wintersaison um etwa 1½% bis 2% auf etwa 59 Mio. gestiegen sein.

Für die ersten fünf Monate der Wintersaison 2004/05 ergab sich aufgrund des frühen Ostertermins (die Osterferien fielen heuer in den März, 2004 in den April) ein kräftiges Plus; dementsprechend ist für den April mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen.

Von November 2004 bis März 2005 waren auf allen für Österreich im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten Zuwächse zu verzeichnen. Überdurchschnittlich entwickelten sich vor allem die Nächtigungen der Gäste aus Großbritannien und Belgien. Die geringste Steigerung wurde für die Nächtigungen von Gästen aus der Schweiz gemeldet.

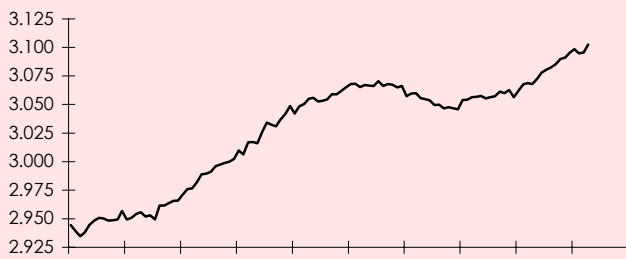
Während die Tourismuswirtschaft ihre Umsätze in Vorarlberg, Salzburg und Tirol kräftig steigerte, verlief die Entwicklung in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich sowie Kärnten schwächer.

## Stagnation der realen Einzelhandelsumsätze trotz Steuerreform

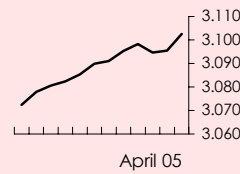
Eine wichtige Voraussetzung für eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr ist die Ausweitung des privaten Konsums im Gefolge der Steuerreform. Zu Jahresbeginn blieben die Umsätze im Einzelhandel jedoch gedrückt, in realer Rechnung stagnierten sie im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar auf dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsätze im März ist wegen des Ostereffekts wenig aussagekräftig, er dürfte durch entsprechende Einbußen im April kompensiert worden sein. Im 2. Halbjahr ist mit stärkeren Umsatzsteigerungen im Einzelhandel zu rechnen, da die positiven Einkommenseffekte aus der Steuerreform erst mit Verzögerung voll ausgabenwirksam werden.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

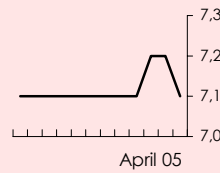
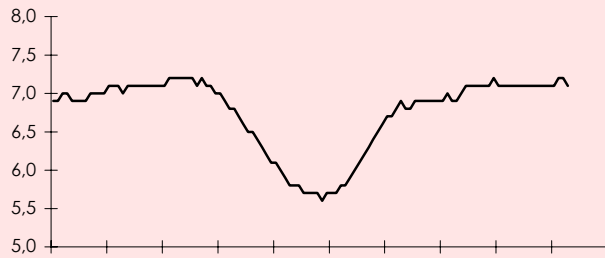
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



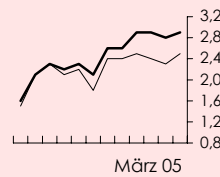
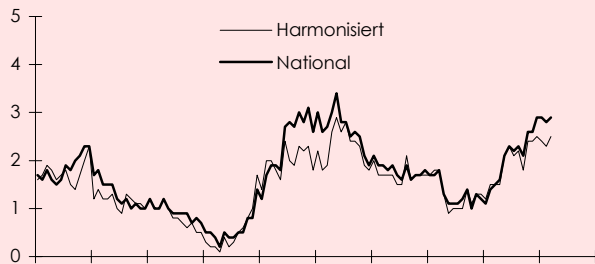
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



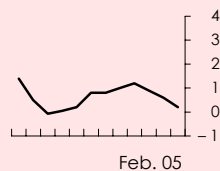
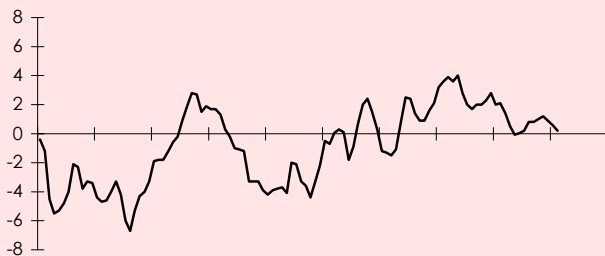
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



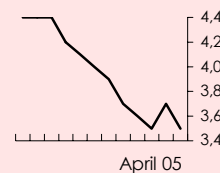
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



<sup>1)</sup> Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts.

Der Kfz-Handel (er wird im Einzelhandel nicht erfasst) war zu Jahresbeginn ebenfalls gedrückt, die Pkw-Neuzulassungen erreichten nicht das Vorjahresniveau. Die ersten Monate des Jahres haben jedoch im Autohandel geringes Gewicht. Ihr Einfluss auf



das Jahresergebnis ist deshalb nicht besonders groß, sie könnten allerdings einen Trend signalisieren.

Im Großhandel fielen die realen Umsätze in den ersten zwei Monaten des Jahres 2005 wegen der Vorziehkäufe am Jahresende (Wegfall der Investitionszuwachsprämie) ebenfalls mäßig aus (+1%) – die Preissteigerungen waren ungewöhnlich hoch.

## Starker Preisauftrieb bremst Kaufkraftsteigerung

*Die Inflationsrate war auch im März mit 2,9% relativ hoch. Dazu trugen der Anstieg der Energiepreise und die Verteuerung des Wohnungsaufwands entscheidend bei. Die Bruttolohnsteigerung blieb hinter dem Preisauftrieb zurück.*

Energiekosten und Wohnungsaufwand heizen den Preisauftrieb weiter an. Im März lag die Inflationsrate nach Berechnungen von Statistik Austria bei 2,9% – ähnlich hoch wie in den Vormonaten. Die Energiepreise trugen mit +9% wesentlich zum Preisauftrieb bei, ohne Energie lag die Inflationsrate bei 2,4%. Heizöl (extra leicht) war um 30% teurer als vor einem Jahr, Strom und Gas um rund 5%. Die Dieselpreise (+16%) wurden von den Mineralölfirmlern viel stärker angehoben als die Benzinpreise (+7%). Da in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Steuerbegünstigungen zunehmend Dieselfahrzeuge angeschafft wurden, fällt diese deutliche Verteuerung von Dieselöl stark ins Gewicht.

Noch mehr als die Energiekosten trugen die Ausgaben zur Errichtung, Miete und Instandhaltung von Wohnungen (+6,9%) zum Preisauftrieb bei. Da sie im Warenkorb ein Gewicht von fast 14% haben, beschleunigten sie die Inflation um rund 1 Prozentpunkt.

Die Anhebung der Tabaksteuer ließ die Zigarettenpreise um fast 10% steigen (dies dämpfte den inländischen Zigarettenabsatz); in der Folge erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um fast ¼ Prozentpunkt. Die Einschränkung der Rückvergütungen für Zahnersatz und Sehbehelfe durch die Krankenkassen verteuerte die Gesundheitspflege der privaten Haushalte (+6,4%). Die Betriebskosten und die Mieten (+7%) wurden kräftig angehoben. Darüber hinaus wurden die Versicherungsprämien um 4% erhöht. Auch Schweinefleisch und Gemüse wurden gegenüber dem Vorjahr spürbar teurer (jeweils +10%).

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg im März mit +2,5% neuerlich langsamer als der österreichische VPI. Dies hängt teilweise damit zusammen, dass der HVPI den Wohnungsaufwand in geringerem Maße abdeckt (so ist der Annuitätenaufwand für Eigentumswohnungen im HVPI generell nicht enthalten), sodass die Verteuerung des Wohnens weniger spürbar wird.

Diese "hausgemachten" Faktoren (Wohnungsaufwand, Tabaksteuer, Gesundheitsreform) trugen dazu bei, dass die Inflationsrate in Österreich zuletzt deutlich höher war als im Durchschnitt des Euro-Raums.

Maßgebend für den verstärkten Preisauftrieb waren auch die Energie- und Rohwarennotierungen. Laut HWWA-Index waren Energierohstoffe im März auf Euro-Basis um gut ein Drittel und Industrierohstoffe um fast ein Zehntel teurer als vor einem Jahr.

Die Überwälzung dieser Kostensteigerung auf die Erzeugerpreise scheint wegen der Schwäche der Nachfrage gering auszufallen: Die Erzeugerpreise der Industrie blieben bisher relativ stabil, auch die Löhne reagierten kaum auf die Inflationsbeschleunigung. Die Tariflöhne und die Effektivverdienste übertrafen das Vorjahresniveau um rund 2¼%. Der Anstieg der Inflation hatte im I. Quartal einen Rückgang der Bruttorealeinkommen je Arbeitnehmer um ½% bis ¾% zur Folge. Die Nettoeallöhne waren jedoch infolge der Steuerreform um rund ¼% bis ½% höher als im Vorjahr.

## Arbeitsmarktpolitik hält Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen

Die verhaltene Konjunktur dämpft nach wie vor die Arbeitsmarktentwicklung. Die Zahl der aktiv Beschäftigten nahm zwar im April gegenüber dem Vorjahr um fast 30.000 zu (+1%), gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Arbeitslosigkeit.

Die Beschäftigungsausweitung entfiel zu etwa 70% auf Frauen; das deutet auf eine Ausweitung der Teilzeit-Arbeitsplätze hin. Die Beschäftigung stieg ausschließlich in den privaten und unternehmensnahen Dienstleistungen, in der Sachgütererzeugung wurden wieder verstärkt Arbeitsplätze abgebaut. Auch in der Bauwirtschaft gingen trotz der guten Auftragslage Arbeitsplätze verloren (I. Quartal –4.000 gegenüber dem Vorjahr). Zur Jahreswende scheinen in der Sozialversicherungsstatistik Umbu-



chungen zwischen der Sachgütererzeugung und dem Verkehrssektor vorgenommen worden zu sein. Auch bereinigt um diese statistischen Verzerrungen verschlechterte sich die Beschäftigungssituation in der Sachgüterproduktion seit der Jahreswende. Dies zeigt ebenso wie die Unternehmensumfragen die Verflachung der Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2005.

Die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes hatte gemeinsam mit dem Rückgang der Beschäftigung in der Sachgütererzeugung – bei hoher sektoraler Immobilität – einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit zur Folge. Im April waren 245.800 Arbeitslose beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt, um 5.300 mehr als vor einem Jahr. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag laut AMS bei 7,1%, gemäß Eurostat bei 4,6% – sie ist seit der Jahreswende relativ stabil. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen spürbar gedämpft: Die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen stieg im April gegenüber dem Vorjahr um 7.600 (größtenteils in Wien). Weiters nahm die Zahl der Übergangsgeldbezieher und Pensionsbewerber zu, die weder als arbeitslos noch als Frühpensionisten gezählt werden.

Ein wichtiger Grund für die enttäuschende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen liegt im beträchtlichen Anstieg des Arbeitskräftepotentials. Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften wächst trotz hoher Zahl der Einbürgerungen rasch, insbesondere weil immer mehr Deutsche wegen der schlechten Arbeitsmarktlage auf den österreichischen Arbeitsmarkt drängen: Im März waren 45.600 deutsche Arbeitnehmer in Österreich beschäftigt, um 8.500 mehr als im Vorjahr. Die steigende Zahl von Arbeitskräften aus Ost-Mitteuropa, die zur Umgehung der Übergangsfristen "Ein-Personen-Unternehmen" in Österreich gründen, ist in den Beschäftigungsdaten nicht erfasst. Das inländische Arbeitskräfteangebot erhöht sich in den oberen Altersgruppen wegen der Pensionsreform, in den unteren infolge des Eintritts starker Geburtenjahrgänge in den Arbeitsmarkt.

*Die Konjunkturerholung hatte 2004 einen deutlichen Anstieg der aktiven Beschäftigung zur Folge, der sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2005 fortsetzte. Die Zahl der Arbeitslosen nahm weiter leicht zu, da sich das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot kräftig erhöhte.*